



Grünes Bündnis
 Stadt Bern
 Postfach 6411
 Neubrückestrasse 17
 3001 Bern
 Tel. 031 301 82 09
 Fax 031 302 88 78
 info@gbbern.ch
 www.gbbern.ch
 PC 30-37923-6

gb.links

→ IV-Referendum: Unterschreiben und zurückschicken!

→ Wohin entwickelt sich die Stadt Bern?

→ Weniger Repression in der Drogenpolitik



Zwischenbilanz zur Legislaturmitte

Grünes Bündnis bewegt Stadt Bern ... weiter

Damit der Ball für die EURO 08 rund läuft hat das GB bereits im Januar das Verursacherprinzip und eine gerechte Finanzierung gefordert. Gleichzeitig verlangt das GB aber auch die bessere Förderung des Frauen- und Mädchensports in Bern.

Die WählerInnen haben bei den Gemeindevahlen 2004 RotGrünMitte für eine vierte Legislatur gewählt. Gestärkt wurden dabei die Grünen. Dank GB-Gemeinderätin Regula Rytz hat Bern wieder eine Frauen-Mehrheit und mit der neuen Verkehrs-Direktorin sind wichtige Dossiers in grüner Hand. Der grüne Trend hat sich im Frühjahr 2006 bei den Kantonswahlen fortgesetzt: fast jede dritte Stimme in Bern ging an die Grünen. In allen fünf Schweizer Grossstädten dominiert heute politisch Rot-Grün: aus den roten Städten von einst sind rot-grüne Hochburgen geworden (NZZ, 21.10.06). Bern ist politisch nicht nur die grünste Stadt, sondern hat im September als einzige Stadt der Deutschschweiz das fremdenfeindliche Asylgesetz abgelehnt.

GB hat grüne Energie-Wende eingeleitet ...
 Das Grüne Bündnis hat in den letzten zwei Jahren Akzente gesetzt: dank den Grünen wurden mehr Plätze für die Kinderbetreuung

geschaffen und die Stadt investiert in die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die vom GB lancierte Kulturlegi öffnet auch Menschen mit kleinem Portemonnaie das attraktive Kulturleben. Erfolge kann das GB in der Energiepolitik* verbuchen: so hat der Gemeinderat eine nachhaltige Energiestrategie verabschiedet, EnergieWasserBern EWB setzt mehr auf erneuerbare Energien und mit der neuen Tarifgestaltung soll erneuerbarer Strom statt Atomstrom gefördert werden. Zudem wird Bern sich von seinen Atom-Beteiligungen (u.a. AKW Fessenheim) trennen und die Erhöhung der Grimsel-Staumauer KW0+ wird von einer Stadtrats-Mehrheit abgelehnt.

... und die Verkehrspolitik korrigiert
 Die gesundheitsgefährdenden Ozonwerte und die Feinstaubproblematik vom Januar 2006 haben breite Kreise der Bevölkerung aufgerüttelt. Das GB fordert konkrete Massnahmen im Bereich Luftreinhaltung. Dazu gehören temporäre Strassen-Sperrungen, aber auch langfristige Massnahmen wie die

Umlagerung vom Auto auf den öffentlichen Verkehr. Dank dem GB berät die neugeschaffene Mobilitätsfachstelle Unternehmungen und betreibt nachhaltige Wirtschaftsförderung. Eine zentrale Rolle spielt GB-Gemeinderätin Regula Rytz: erfolgreich hat sie das Tram Bern West und den Umbau des Bahnhofplatzes deblockiert und wird über Parteilinien für ihre Dialogfähigkeit gelobt.

Für eine soziale, integrative und ökologische Stadtentwicklung
 Bern braucht mehr zahlbaren Wohnraum für Familien. Das GB propagiert dafür den genossenschaftlichen Wohnungsbau, neue Wohnformen, autoarme Siedlungen und zukunftssträchtige Energiestandards (Minergie, Passivhäuser). Zur Lebensqualität Berns gehören kinder-, aber auch altersfreundliche Wohnquartiere, genügend Kitas und Tagesschulen und eine lebendige Kulturszene, wo neben den grossen Kulturhäusern das freie Kulturschaffen seinen Platz hat. Die soziale Integration von MigrantInnen beginnt in der Schule. Bildungspolitisch ein wichtiger

Schritt ist die Einführung der Basisstufe. Dringend ist die Realisierung des Stimm- und Wahlrechtes für AusländerInnen. Zusammen mit den Agglomerationsgemeinden setzt Bern auf die Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs. Ein Wankdorfkreisel, der Millionen kostet und mehr Verkehr und Lärm bringt, ist nicht stadtverträglich. Das GB setzt sich für eine nachhaltige Finanzpolitik ein und wehrt sich gegen Sparmassnahmen auf Kosten der Schwächsten. Aus Umweltsicht ist der Verkauf von EnergieWasserBern gefährlich und schwächt den service public – dieser Bereich muss unter öffentlicher Kontrolle bleiben. Konstruktiv fordert das GB bei kommerziellen Grossanlässen eine Eventabgabe. Das Grüne Bündnis hofft, dass sich Bern anlässlich der EURO 08 als offene und umweltfreundliche Stadt präsentieren kann.

Natalie Imboden, Präsidentin GB Bern

* GB-Positionspapier «Mehr grüne Kraft» und Vorstösse siehe: www.gbbern.ch

AZB 3000 Bern 1
 Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
 An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

Unterschreibt das IVG-Referendum!

Die bürgerliche Mehrheit hat im Parlament mit der 5. IVG-Revision ein Gesetz durchgedrückt, welches den Druck und Zwang für Menschen mit Behinderungen und physischen oder psychischen Problemen

erhöht. Viele Menschen mit echten Beeinträchtigungen werden jedoch neu als IV-RenterInnen schlechter gestellt. Deshalb: Unterschreibt das Referendum gegen die 5. IVG-Revision! Ein Unterschriftenbogen liegt diesem gb.links bei. Weitere Informationen zum Referendum unter: www.ivg-referendum.ch

● Sa, 27.1., 17-24 Uhr, Kornhaus Bern.
Scambio – Fest der MigrantInnen und SchweizerInnen. Informationen, Essen und Kultur von MigrantInnen für MigrantInnen und SchweizerInnen.

gb.tipp

Talon

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

Ich möchte **Mitglied** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.

Ich bestelle ___ Expl. Unterschriftenbogen «**IV-Referendum**».

Ich möchte mich **aktiv** engagieren beim **Grünen Bündnis**. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.



GB-Mitglied Kuno Roth ganz poetisch um Welten – Poesie für den Alltag

Kuno Roth hat ein paar Gedichte geschrieben und zwischen zwei Buchdeckeln gesammelt: «um Welten – Poesie für den Alltag» heisst sein Buch, das vom Triga-Verlag herausgegeben wurde. «Keine Mission und kein Schreien, sondern lakonische Zeilen, wohlthuend unaffektierte und verständliche Gedichte. Es ist gerade die Einfachheit der Sprache, das scheinbar Leichte, das Spielerische, woraus Kuno Roths Gedichte ihre Kraft schöpfen und LeserInnen zum Eintauchen und Mitdenken einladen.»

Übrigens: Der Gedichtband macht sich auch gut als Weihnachtsgeschenk.

Das Grüne Bündnis dankt allen, welche sich dieses Jahr für soziale und ökologische Politik eingesetzt haben, und wünscht frohe Weihnachten und einen guten Start im 2007!

Impressum
 Redaktionsschluss gb.links 1/2007: 18. Januar.
 Redaktion: Reto Moosmann, Natalie Imboden.
 Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

gb.bewegt

Frauenpolitik
 Montag, 29. Januar, 19 Uhr, GB-Sekretariat
Ökologie
 Montag, 8. Januar, 19 Uhr, GB-Sekretariat

Internationales und Migration
 Kontakt: Martin Wälchli, internationales-migration@gbbern.ch
Bildung (kantonale AG)
 Kontakt: Corinne Schärer, corinne.schaerer@vpodbern.ch

Nationale Politik
 Kontakt: Hasim Sancar, sancars@bluewin.ch
Leitender Ausschuss
 Mittwoch, 24. Januar, 20 Uhr, GB-Sekretariat

Für eine fortschrittliche Drogenpolitik



Drogen-Anlaufstelle Hodlerstrasse: Das GB fordert eine zweite Kontakt- und Anlaufstelle.

Die Stadt Bern unterhält ein differenziertes Angebot an Einrichtungen und Projekten für Drogenkonsumierende. Das drogenpolitische Netz der Stadt Bern ist aber fragil: Externe Faktoren können das System relativ rasch ins Wanken bringen. Das zeigte sich diesen Sommer, als sich vor und um die Schützenmatte eine öffentlich sichtbare Drogenszene bildete – nicht zuletzt deshalb, weil durch die rigorose Vertreibungspolitik der Stadt Thun viele Drogenabhängige nach Bern gedrängt wurden. Es ist permanente Aufgabe der Drogenpolitik, auf solche Entwicklungen zu reagieren.

Im kürzlich veröffentlichten Positionspapier hält das Grüne Bündnis seine drogenpolitische Position fest. Das GB ist der Meinung, dass die aktuelle Drogenpolitik – nicht nur die städtische – immer noch zu stark auf repressive Mittel setzt. Wir fordern deshalb, die knappen Ressourcen vermehrt

auf die anderen drei Säulen (Schadenminderung, Therapie, Prävention) umzuverteilen.

Mehr Schadenminderung, Therapie und Prävention

Im Bereich der Schadenminderung ist das GB der Meinung, dass eine zweite, dezentrale Kontakt- und Anlaufstelle («Fixerstübli»), die den Betroffenen eine geschützte Konsummöglichkeit bietet, in der Stadt Bern zumindest vorübergehend notwendig ist. Der Kanton soll bei der Koordination, Planung und Finanzierung von Anlaufstellen in anderen Städten eine aktive Rolle einnehmen. Das Alkistübli soll – auch nach dem Umbau des Bahnhofs – an einem möglichst zentralen Ort weitergeführt werden. Niederschwellige Notschlafangebote sollen stärker auf die Bedürfnisse der Betroffenen eingehen. Ausgebaut werden sollte die Präventionsarbeit in der Partyszene (mobiles Drug Checking, Beratungen vor Ort).

Im therapeutischen Bereich wurden in den letzten Jahren etliche Einrichtungen geschlossen. Eine weitere Ausdünnung dieses Angebots lehnt das GB entschieden ab. Eine vielfältige Palette an Therapieeinrichtungen (heroingestützte Behandlung, Methadonbehandlung, ausstiegsorientierte Institutionen usw.) ist notwendig, um für jede betroffene Person eine geeignete Therapie finden zu können.

Und schliesslich setzt sich das GB für eine vielfältige Suchtprävention ein, die nicht nur über Risiken informiert, sondern die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen verbessert und deren Chancengleichheit generell fördert.

Weniger Repression

Die Repression nimmt nach wie vor einen zu hohen Stellenwert ein und verschlingt zu viele Ressourcen. Aktionen gegen Kleinstdrogenhändler und Wegweisungen von Händlern und Konsumierenden zeigen wenig Wirkung. Das GB verlangt, dass die Polizei ihre Prioritäten verstärkt beim Gross-Deal setzt. Die sinnlose Wegweisungspraxis soll endlich sistiert werden. Auch den aufwändigen und kostenintensiven Rückführaktionen in die Gemeinden stehen wir skeptisch gegenüber: Diese Mittel würden besser für den Aufbau regionaler Kontakt- und Anlaufstellen verwendet. Um die Vermischung des Handels mit harten Drogen und Cannabis zu verhindern, soll ein Pilotprojekt für einen staatlich kontrollierten Hanfverkauf lanciert werden.

Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes

Nach einer zweijährigen drogenpolitischen Auszeit kommt nun auch auf nationaler Ebene wieder Bewegung auf. In der Dezember-Session berät der Nationalrat die Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes, mit der u.a. die gesetzliche Grundlage für die schadenmindernden Massnahmen geschaffen würde. Die Entkriminalisierung des Cannabiskonsums ist in dieser Vorlage leider nicht mehr enthalten. Die hängige Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanfpolitik mit wirksamem Jugendschutz» könnte aber bald wieder Schwung in diese Debatte bringen.

Karin Gasser, Stadträtin GB

Das GB-Positionspapier ist auf www.gbbern.ch/positionen abrufbar.



Zur Finanzlage der Stadt Bern
Mit 65 Prozent Ja-Stimmen

zum ausgeglichenen Budget 2007 hat das Berner Stimmvolk am 26. November die RGM-Finanzpolitik deutlich bestätigt. Doch der finanzielle Gestaltungsrahmen der Stadt bleibt eng. Das GB unterstützt am Runden Tisch eine konstruktive mittel- und langfristige Finanzstrategie.

Lineare Kürzungen erhöhen den Druck auf das städtische Personal weiter. Wer die Überstunden der Stadtangestellten kennt, weiss, dass die Mär von der «Luft» in der Verwaltung aus der Luft gegriffen ist. Jeder Stellenabbau heisst auch Leistungsabbau, der weh tut, schlecht für die Umwelt oder sozial nicht verantwortbar ist. Unsinnig ist es daher, wenn einzelne Politiker den Spardruck noch erhöhen wollen, indem sie auf das vom Kanton bewilligte Moratorium für die Rückzahlung der altrechtlichen Defizite verzichten wollen.

Zusätzliche Einnahmen, etwa eine Event-Abgabe für Grosskonzerte und Sportevents, tragen nachhaltig zu gesunden Finanzen bei. Die Überbauungen Weissenstein und Brünnen werden neue SteuerzahlerInnen in die Stadt Bern bringen. Zudem wird sich auch die bessere Konjunktur langfristig positiv auf die öffentlichen Finanzen auswirken. Das GB setzt sich dafür ein, dass die Städte über den Finanz- und Lastenausgleich vom Kanton entlastet werden. Wir fordern die Übertragung von Aufgaben an die Region oder an den Kanton, wenn diese nicht zwingend von der Stadt zu erfüllen sind (Denkmalpflege, Wirtschaftsförderung, grosse Kulturinstitutionen, Fremdenpolizei usw.).

Franziska Schnyder, Stadträtin GB

gb.parlament

Police Bern: Die gesetzliche Regelung ist unbefriedigend!

In der November-Session hat der Grosse Rat das kantonale Polizeigesetz verabschiedet und damit die Grundlage für die kantonale Einheitspolizei Police Bern geschaffen. Die Gesetzesvorlage, welche nächstes Jahr noch den Stimmberechtigten im Kanton vorgelegt wird, führt dazu, dass die Stadt Bern die politische Kontrolle über Polizeieinsätze auf ihrem Gebiet praktisch verlieren wird. Damit ist u.a. der Einfluss auf polizeiliches Handeln bei Kundgebungen im Sinne einer Deeskalationsstrategie in Gefahr. Aus städtischer Sicht ist klar: Die gesetzliche Regelung ist ungenügend! Mit einer für dringlich erklärten Motion verlangt die GB/JA!-Fraktion (zusammen mit der GPB-DA und der SP/JUSO), dass die Stadt Bern bei den noch anstehenden Vertragsverhandlungen zwischen dem Gemeinderat der Stadt Bern und dem Kanton mindestens folgende Punkte nachbessert:

1. Der Gemeinderat der Stadt Bern soll auch künftig das operative und taktische Handeln mitbestimmen können, damit die Deeskalationsstrategie gewährleistet bleibt.
2. PolizistInnen sollen auch künftig Namensschilder (friedlicher Ordnungsdienst) oder eine Kennzeichnung (unfriedlicher Ordnungsdienst) tragen.
3. Die städtische Ombudsstelle soll die vollen Kompetenzen (Einsichtsrecht in die Akten) behalten, bis eine kantonale Ombudsstelle geschaffen ist.
4. Die neu geschaffene kantonale Polizeifachkommission soll nicht bloss die kantonale Polizeidirektion, sondern auch die städtischen Behörden über ihre Tätigkeit und Empfehlungen informieren.

Vollständiger Motionstext: www.gbbern.ch → gb.stadt → vorstoesse

gb.feministisch

BETTI BOSSY KOCHT VOR WUT

Pfiffige Alltagsrezepte für den feministischen Widerstand

Ein praktisches Kochbuch mit ausgewählten Rezepten – bewährt, einfach, wirksam, ausgefallen...

Herausgegeben von F.A.M. – Frauengruppe gegen Sexismus und Rassismus, Bern.

Bezugsquelle: fam@immerda.ch

GB-Debatte zur Stadtentwicklung in Bern

Stadt Bern: Wohin?

Nachdem sich baulich an den Rändern der Stadt Bern mit Brünnen, Zentrum Paul Klee, Wankdorf City einiges tut, stellt sich die Frage, wie nachhaltig die Entwicklung Berns ist und welche Impulse das GB hierbei geben soll.

An der gut besuchten öffentlichen GB-Veranstaltung «Bern – eine Stadt im Wandel» mit dem Stadtplaner Christian Wiesmann beschäftigten zwei Themenbereiche das Plenum:

1. Der Stadtkörper: Aus planerischer Sicht soll sinnvollerweise im städtischen Raum gewohnt werden, da dieser im Gegensatz zum ländlichen Raum verkehrstechnisch gut erschlossen ist. Die Entwicklung der Siedlungen und Quartiere macht nicht an den Gemeindegrenzen halt. Hier muss sich das GB für eine gemeindegrenzenübergreifende Gesamtplanung des Raumes einsetzen. Kooperation statt Konkurrenz zwischen den Gemeinden ist gefragt.
2. Die Verdichtung: Seit ein paar Jahren ist der Schrumpfungstrend der Stadt Bern gebrochen, die Bevölkerungszahl ist wieder stabil. Da der Wohnflächenbedarf pro Person aber kontinuierlich zunimmt, erfordert dies laufend den Bau neuer Wohnungen, selbst wenn die Bevölkerungszahl stabil bleiben soll. Doch wie und wo soll neuer Wohnraum geschaffen werden? Grüne Wiesen zu überbauen ist erholungspolitisch schwierig, die Stadt in den Bremgartenwald auszudehnen dürfte aus waldrechtlichen Gründen scheitern und auch der inneren Verdichtung sind irgendwann aus Gründen



der sinkenden Wohnqualität Grenzen gesetzt. Zu diskutieren wäre die Umnutzung von Industrie- zu Wohnraum (z.B. Umzonung Galgenfeld). Thema an der Veranstaltung war auch der steigende Flächenverbrauch beim Wohnen. Was sind die Gründe dafür? Individualisierung? Fehlende Aussenräume? Abhilfe schaffen könnte die Förderung alternativer, kollektiver Wohnformen, die weniger Platz benötigen. Auch für das «Wohnen im Alter» sind neue Ansätze gefragt: Durch die Förderung von Alters-WGs und Anreize für diejenigen, die weniger Wohnraum benötigen.

Eine Forderung, die das GB vor zwei Jahren im wohnpolitischen Positionspapier verfasst hat, scheint nun auch in der Stadtplanung auf offene Ohren zu stossen. Trotz knappen finanziellen Ressourcen soll nicht

nur in innenstädtische «Highlights» wie den Bundesplatz investiert werden. Touristische Attraktionen in Ehren, aber der Alltag der BernerInnen findet in den Wohnquartieren statt. Die laufende, auch kleinräumliche Aufwertung der Quartiere im planerischen wie auch gesellschaftlichen Sinn erhöht deren Aufenthalts- und Lebensqualität.

Auf Initiative der AG Ökologie und unter Mitarbeit der Arbeitsgruppen Bildung, Frauenpolitik und Migration erweitert das GB den planerisch und materiell geprägten Begriff der Stadtentwicklung. Welche sozialräumlichen, kulturellen, gesellschaftspolitischen und lebensräumlichen Bilder stellen wir uns für Bern im Jahr 2020 vor? Die Diskussion ist eröffnet.

Martina Dvoracek, AG Ökologie